

De la Sota kam, sah und siegte Der Peronist setzte die Radikalen in 21 von 26 Distrikten matt

Ganz im Gegensatz zu den Triumphen des Radikalismus, der sich bei zahlreichen Wahlen damit brüstete, in allen Distrikten gewonnen zu haben, aber am Gesamtbild der Provinz nichts änderte, verwandelt der Sieg des Peronisten José Manuel de la Sota die politische Landkarte Córdobas.

Entsprechend der Nachzählung verbuchte der gewählte Gouverneur 49,71 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich, während sein Vorgänger, der die Wiederwahl anstrebende Ramón Mestre, es gerade auf 40,25 Prozent brachte. Die fünf Prozent von Cavallos Mann Guillermo Johnson und die 2,63 Prozent Humberto Volandos vom Frepaso fallen dabei schon kaum mehr ins Gewicht.

Peronisten und Radikale einigten sich darauf, dass zwei politische Gruppierungen Wahlzettel präsentierten, deren Stimmen später summiert wurden. Dies bewirkte eine gewisse Unsicherheit bei manchen Wählern, die aber ohne politische Bedeutung blieb.

Daraus folgend erreichte die UCR rund 26.000 Stimmen mehr als der PJ. Doch der summierte die Stimmen der Ucedé (8,61 Prozent) und die der Partei Acción por Córdoba (7,11 Prozent) und mit diesen Beiträgen überholte er den Radikalismus. Dem reichten für ein anderes Ergebnis auch die Stimmen der Unión Vecinal (2,59 Prozent) und des MID (2,03 Prozent) nicht aus. Der peronistische Sieg erstreckte sich auf 21 von 26 Distrikten, eingeschlossen den Distrikt Hauptstadt, der allein 40 Prozent der Gesamtwähler ausmacht. Die Radikalen konnten gerade in fünf der ärmsten und bevölkerungsschwächsten Distrikten knapp gewinnen: den im Norden gelegenen Río Seco, Tulumba, Totoral, Río Primero und San Alberto im Westen.

Der Peronismus gewann mit einem beeindruckenden Vorsprung von 20 Prozent im Department Presidente Sáenz Peña im Süden der Provinz, wo die Landwirtschaftsproduzenten erfolglos von Mestre eine Hilfe für ihre Probleme wegen der Überschwemmungen gefordert

hatten. Ein ähnliches Ergebnis ergab sich in Juárez Celman. In den bedeutendsten Städten mit Ausnahme von San Francisco, der viertgrößten Stadt der Provinz, erreichte der Peronismus unerwartete Vorteile. So in Río Cuarto und Villa María, wo die UCR seit unbesiegtbar war.

In der Provinzhauptstadt Córdoba siegte de la Sota über Mestre in Bezirken des Mittelstandes und des gehobenen Mittelstandes. Unterm Strich siegte der PJ in neun von vierzehn Stadtbezirken. In den bevölkerungsstärksten Bezirken 10, 11, 12 und 13 erreichte der Justizialismus rund 20 Prozent Vorsprung. Weit entfernt von de la Sota und Mestre zeigte sich der Cavallismus mehr in der Hauptstadt als im Landesinneren, konnte aber in keinem Distrikt zehn Prozent erreichen. Das beste Ergebnis erzielte Cavallos Mann im Distrikt Nr. 14, wo er 9,09 Prozent der Stimmen erhielt. Auch der Frepaso bekam in der Hauptstadt einige Stimmen mehr als in der übrigen Provinz, blieb aber insgesamt noch unter dem Ergebnis von Guillermo Johnson.

In den ebenfalls am Sonntag in der Provinz in 129 Kommunen durchgeführten Gemeindewahlen konnte sich der Justizialismus in 90 Prozent der Wahlorte durchsetzen. Er verlor aber wegen einer internen Spaltung die Stadt Jesús María. Ebenfalls eine Niederlage setzte es in Leones und Villa General Belgrano ab, den Zentren des Festival de Doma y Folklore, der Fiesta Nacional del Trigo und der Fiesta Nacional de la Cerveza.

Die bedeutendste Gemeindewahl in Río Tercero ergab einen Verbleib des justizialistischen Bürgermeisters Carlos Rojo, auf Grund dessen Rojo seine Amtszeit auf zwölf Jahre ausdehnen wird. Der Justizialismus erreichte auch einen Sieg in Embalse de Río Tercero im Department Calamuchita, wo Mestre eine empfindliche Niederlage erlitt. Der Radikalismus seinerseits konnte sich in Corral de Bustos behaupten.

Kelpers lehnen Verhandlung ab Angebot Di Tella an einen Inselrat

Im Rahmen einer Sondersitzung lehnten am Dienstag die Inselräte der Malwinen ein Verhandlungsangebot von Außenminister Guido Di Tella ab, indem die Wiederaufnahme der Kommunikationen zwischen den Malwinen und Argentinien als Hauptgesprächsthema auf der Tagesordnung vorgesehen war. Ein weiterer Punkt wäre die Einfrierung der argentinischen Souveränitätsforderung gewesen. Am Freitag der vergangenen Woche hatte sich Di Tella in Montevideo mit Mike Summers getroffen, einem Mitglied des Insellegislativrats. Bei dieser Gelegenheit, wie dazu von den Inseln verlautet, bat Di Tella den Inselrat, seinen Kollegen ein Projekt zur Lösung des Disputes um die Souveränität der Inseln zu

unterbreiten. Der Vorschlag besteht in vier Punkten wie folgt:

* Die Einfrierung (für einen Zeitraum zwischen 15 und 20 Jahren) der Souveränitätsforderung.

* Die Wiedereinrichtung der Kommunikationen zwischen dem Kontinent und der südlichen Inselgruppe und die Aufhebung des Verbots, das Argentinern das Betreten der Malwinen verbietet (ein Gesetz, das die Kelpers nach dem Krieg einführt).

* Die Hissung einer argentinischen Fahne auf dem Friedhof von Darwin, wo 236 argentinische Soldaten, die während des Krieges von 1982 auf den Inseln fielen, begraben sind.

* Eine gemeinsame Erklärung der Regierungen in London und Buenos Aires unter den Auspizien der UN, in der die Vertagung

der argentinischen Forderung garantiert wird.

Inselrat Summers versicherte aber auch in einem Interview mit einer argentinischen Zeitung, dass Di Tella den Kelpers gedroht habe, „Druck auf die chilenische Regierung auszuüben, damit Chile seine Kommunikationen mit den Inseln unterbricht, wenn diese den argentinischen Vorschlag ablehnen“. Unmittelbar nach seiner Ankunft in Puerto Argentino traten Summers und seine Kollegen zu einer Sondersitzung zusammen, um den argentinischen Vorschlag zu beraten. Doch entschied die Insellegislative den „Vorschlag ohne nähere Begutachtung in Bausch und Bogen abzulehnen, solange die argentinische Regierung uns bedroht“.

Aussenminister Di Tella aller-

dings lehnte die Version von Summers rundweg ab. „Der Kaffee mit Summers war weder ein formales Treffen, noch ein geheimes Gespräch und ebensowenig ein Austausch von Vorschlägen, etwas, was wir ausschliesslich mit der Londoner Regierung tun.“ Auf die Vorwürfe der Bedrohung wollte Di Tella nicht eingehen. Es geht dabei nicht nur um den gesprächsweisen Abbruch der Kommunikationen mit Chile sondern auch um Eduardo Menems Projekt, die Ölfirmen, die um die Malwinen ohne argentinische Genehmigung operieren, zu bestrafen. Di Tella gab aber zu, Summers gefragt zu haben, ob bei Einstellung des argentinischen Drucks die Kelpers zugänglicher wären. Summers antwortete: „Das kann sein!“

Politischer Sinneswandel in Córdoba

Knapp eine Woche vor dem Wahltag vom vergangenen Sonntag berichtete der Demoskop Julio Aurelio, der für die Justizialisten tätig ist, dass der Gouverneurskandidat dieser Partei, José Manuel de la Sota, einen Vorsprung vor seinem Rivalen, UCR-Gouverneur Ramón Mestre, errungen habe. Nachher bestätigten andere Demoskopisten diese überraschende Feststellung, dass sich in Córdoba ein deutlicher politischer Sinneswandel abzeichnete.

Das Wahlergebnis bestätigte die Tendenz, die die Demoskopisten in den letzten Tagen vor der Wahl festgestellt hatten, allerdings um etwa doppelt so viel wie sie gemutmasst hatten. De la Sota siegte mit fast 50 Prozent der Stimmen gegen knapp über 40 Prozent von Mestre. Nahezu zehn Prozentpunkte Vorsprung hatte kein Demoskop vorweggenommen.

Der politische Sinneswandel der 1,7 Millionen Wähler im viertgrössten Gliedstaat Argentiniens nach der Provinz Buenos Aires, der Bundeshauptstadt und Santa Fe ist sicherlich bei rund 80 Prozent Wahlbeteiligung erstaunlich, zumal seit dreizehn Monaten alle Umfragen den Allianzpolitikern landesweit einen deutlichen Vorsprung vor den Justizialisten bezeugen. Die letzte allgemeine Wahl vom 26. Oktober 1997, allerdings für Parlamentarier und nicht für Exekutivposten (Präsident, Gouverneur oder Bürgermeister), hatte der Allianz einen Vorsprung von 46 Prozent gegen 38 Prozent der Justizialisten beschert. Dieser Vorsprung wurde nachher von den meisten Umfragen bestätigt, indem die Positionen der Kandidaten der Allianz und der Justizialisten für die nächstjährigen Präsidentschaftswahlen addiert wurden.

In Córdoba stellte sich nun heraus, dass der Vorsprung in den Meinungsumfragen, den Gouverneur Mestre vor seinem Rivalen De la Sota durchweg bis eine Woche vor dem Wahltag besass, plötzlich in eine Niederlage umschwenkte. Dabei gilt Córdoba als eine Hochburg der radikalen Politiker seit der Einführung allgemeiner und geheimer Pflichtwahlen im Jahr 1912. Seither konnten konservative oder peronistische Politiker nur ausnahmsweise Wahlen in der Provinz gewinnen, zuletzt vor 25 Jahren mit dem linkslastigen Peronisten Ricardo Obregón Cano. Seit 1983, als Argentinien wieder in die Wahldemokratie entlassen wurde, hatte die UCR anfangs drei Mal mit Eduardo C. Angeloz und zuletzt vor vier Jahren mit Ramón Mestre die Provinzwahlen gewonnen. Fünfzehn Jahre lang regierten die Radikalen die Provinz, die sie offenbar als eigenen Hort betrachteten. Diesen Traum haben sie vorerst ausgeträumt. Die Radikalen beherrschen nur noch fünf Gliedstaaten (Bundeshauptstadt, Catamarca, Chaco, Chubut und Rio Negro), nachdem sie Córdoba verloren haben.

José Manuel de la Sota ist ein fünfzigjähriger Politiker, von Beruf Rechtsanwalt, der seine politische Laufbahn als Beamter der Gemeinde der Stadt Córdoba begann und bisher stets alle Wahlen als Kandidat gegen die Radikalen verloren hatte. Mestre besiegte ihn als Bürgermeister der Provinzhauptstadt im Jahr 1983 und Angeloz als Kandidat für das Gouverneursamt gleich zwei Mal 1987 und 1991. Vor vier Jahren stellte sich De la Sota nicht. An seiner Stelle kandidierte der Richter Guillermo Johnson, der gegen Mestre verlor, und jetzt für die Partei der Republikaner von Domingo F. Cavallo kandidierte.

Im dritten Anlauf gelang De la Sota der Wurf. Hierfür hatte er als Formelpartner den UCeDé-Liberalen Germán Kammerath, Sekretär für das Verbindungswesen im nationalen Kabinett, aufgenommen und eine professionell aufgebaute Wahlkampagne durchgeführt. Hierfür wurde er von brasilianischen Sachverständigen beraten, die kurz vorher Präsident Fernando Henrique Cardoso zur Wiederwahl verholfen hatten.

De la Sota schaltete das Telefon mit auf Band genommenen Anrufen an die Wähler ein, liess vorher feststellen, welche Probleme in jeder Ortschaft vorherrschten, auf die er auf Wahlbesuch dann

einging, und hütete sich vor einer Nationalisierung des Wahlfeldzuges, indem er diesen nur auf die Provinz Córdoba beschränkte.

Nicht einmal Präsident Menem durfte in Córdoba erscheinen, obwohl der Staatschef dem justizialistischen Kandidaten seine politische Unterstützung gegeben hatte. De la Sota war ursprünglich ein parteiinterner Gegner Menems gewesen, als er im Juli 1988 mit Antonio Cafiero als dessen Formelpartner gegen Menem und Eduardo Duhalde antrat, der damals Bürgermeister von Lomas de Zamora war. Nachher schwenkte De la Sota auf Menem um, der ihn zum Botschafter in Brasilien ernannte, um ihm bei einer Ehekrise beizustehen. Später wurde De la Sota zum Nationalsenator als Minderheitskandidat ernannt und begann seine Vorbereitungen für den dritten Anlauf als Gouverneurskandidat.

Gouverneur Mestre hatte die Provinzverwaltung aus einer schweren Kassenkrise gerettet, die ihm sein Vorgänger und parteiinterner Gegner Eduardo Angeloz nach dessen vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt hinterlassen hatte. Obwohl Angeloz unlängst im Strafprozess wegen angeblicher unrechtmässiger Bereicherung mangels überzeugender Beweise freigesprochen wurde, haftete ihm in Córdoba ein gewisser Korruptionsgeruch an, der Mestre offenbar auch geschadet hat.

Die weitgehende Sanierung der Provinzfinanzen, allerdings mit Gehaltskürzungen und Entlassungen überflüssiger Beamter, brachte Mestre landesweites Ansehen ein, dürfte aber in der Bevölkerung eine gewisse Schockwirkung nicht verfehlt haben. Mestre wirkt zudem besonders streng und hatte seinen Wahlfeldzug offenbar nicht gut organisiert. Die Allianz mit den linkslastigen Politikern des FREPASO scheiterte in Córdoba, wo die massgebenden Politiker beider Parteien sie nicht wollten. Wo zwei sich streiten, freut sich der dritte, dieses Mal De la Sota. Der FREPASO-Kandidat Humberto Volando, linkslastiger Agrarpolitiker, schnitt denkbar schwach mit knapp über zwei Prozent ab.

Cavallos Republikaner ernteten nur einem Achtungserfolg von 5 Prozent, nachdem sie doppelt so viel erwartet hatten. Sicherlich eine Enttäuschung für den in San Francisco, Córdoba, geborenen Wirtschaftler Domingo F. Cavallo, der seine politische Karriere mit De la Sota begann, als dieser ihn 1989 auf Platz drei der Deputiertenliste setzte, so dass er gewählt wurde. Von der Deputiertenkammer holte ihn Präsident Menem zuerst als Aussenminister und anderthalb Jahre später als Wirtschaftsminister ins Kabinett.

De la Sota sprach die Steuerzahler mit seinem Versprechen an, dass er am nächsten Tag seiner Amtseinstellung am 11. Juli 1999 die Steuersätze um 30 Prozent senken werde. Das betrifft die Immobilien- und Gewerbesteuer, die in der Provinz zu 77,3 Prozent bzw. nur 65,3 Prozent der Steuerzahler eingetrieben wird. De la Sota hofft, mit den niedrigeren Steuersätzen die Hinterzieher zu bewegen, ihren Pflichten gegenüber der Provinz ordentlich nachzukommen. Dieses Kunststück ist bisher niemanden in Argentinien gelungen.

Vielmehr verheisst De la Sota mit diesem Versprechen und der Anhebung der Gehälter der Beamten und Lehrkräfte sowie der Renten eine gewaltige Zunahme des Defizits. Die Provinz budgetiert für 1999 laufende Ausgaben von \$ 2,71 Milliarden und Einnahmen von \$ 2,55 Milliarden. Der Überschuss von \$ 322 Millionen wird freilich von Schuldendiensten für \$ 610 Millionen aufgefressen, so dass ein Fehlbetrag von \$ 288 Millionen verbleibt. Wie De la Sota diese Zahlen mit Steuersenkungen und Gehalts- sowie Rentenanhebungen umfrisieren wird, bleibt sein persönliches Geheimnis, das er spätestens am 11. Juli 1999 wird lüften müssen. Unterdessen erfreut er sich zusammen mit Präsident Menem, den justizialistischen Gouverneuren und nationalen Kabinettsmitgliedern seines überraschenden Wahlerfolgs, der sicherlich gelegentlich auf die Landesebene austrahlen dürfte.

Vorgezogene Wahlen in 13 Distrikten

Provinzen wählen Gouverneure noch vor der Präsidentenwahl

Zur Trennung des lokalen Alltags von den Präsidentschaftswahlen oder weil das die Provinzverfassungen so bestimmen, wird es im kommenden Jahr in mindestens 13 Provinzen vorgezogene Wahlen geben. Zum Abschluss, nämlich im Oktober 1999, werden die Argentinier dann ihren Präsidenten wählen. Im Innenministerium wurde versichert, dass die in Córdoba eingeschlagene Strategie, die dem Kandidaten eine solide politische Basis verschafft habe, die bestmögliche war und daher in den folgenden Provinzwahlen angewandt werde.

Innenminister Carlos Corach und sein Vize, Jorge Matzkin, zeichneten zur Erhellung der Situation zwei Kreise. Hinsichtlich des grossen Kreises, bei dem es um die Präsidentschaftswahlen geht, ist die Situation der Partei landesweit für sie noch etwas verworren, so dass es noch nicht angebracht ist, die Strategie festzulegen. Im kleineren Kreis jedoch, der sich auf die bevorstehende Serie von Provinzwahlen bezieht, glauben Corach und Matzkin, ist die Situation völlig klar. „Wir werden da genauso

wie in Córdoba arbeiten, nämlich den justizialistischen Kandidaten starke politische Unterstützung geben und dazu auch einige Mittel“, versicherte Matzkin gegenüber einer Tageszeitung.

Mit Begeisterung sprachen Corach und Matzkin dazu eine beunruhigende Warnung an die Allianz und die Provinzparteien aus: „Sie sollten uns nicht unterschätzen, wir haben bereits gezeigt, dass wir keine Dummköpfe sind und wissen, was man tun muss, um zu gewinnen.“

Die Provinzen, die ihre Wahlen vorziehen, scheiden sich in zwei grosse Gruppen. Jene, die ihre Wahlen entsprechend den Normen ihrer Verfassungen vorziehen, sind:

- San Juan: Der peronistische Gouverneur Juan Escobar hat bisher zwar noch kein Datum bestimmt, aber der Termin wird jedenfalls vor dem Monat Oktober sein, weil dies die Provinzverfassung festlegt.

- Santa Fe: Die lokalen Wahlen finden im August 1999 statt. In der Provinz hat der PJ seit 1983 keine Gouverneurswahl verloren. Der Peronismus glaubt,

dass seine Chancen noch steigen würden, wenn der Kandidat Carlos Reutemann hiesse.

- Tierra del Fuego: Der regierende Movimiento Popular Fueguino wird für die erste Junihälfte zur Wahl aufrufen.

Die Provinzen, die aus politischer Zweckmässigkeit heraus ihre Wahlen vorziehen, sind:

- Catamarca: Der regierende Frente Cívico, in dem die UCR dominiert, bestimmte den 21. März zum Wahltag.

- Salta: Der Peronist Juan Carlos Romero bewirbt sich am 9. Mai um die Wiederwahl.

- Tucumán: Der „Bussismus“ will zu Wahlen am 6. Juni aufrufen.

- Entre Ríos: Der PJ beabsichtigt Wahlen für den Tag einzuberufen, an dem auch in Santa Fe gewählt wird, um seinen Nutzen aus dem Image von Reutemann zu ziehen.

- San Luis: Die Brüder Rodríguez Saá wollen im August zur Wahl aufrufen.

- Der Córdoba-Effekt scheint für eine Änderung der Taktik in den Provinzen zu spre-

chen, in denen die Radikalen den Gouverneur stellen. Es besteht bereits Unsicherheit hinsichtlich einer Vorverlegung der Wahlen in Río Negro, Chubut und Chaco. In den Provinzen in Patagonien will die UCR Verhandlungen mit dem Frepaso zur Bildung der Allianz einleiten, die im Chaco schon besteht. Catamarca ist bis jetzt die Ausnahme.

- Obwohl noch keine Termine bestimmt sind, so kann doch davon ausgegangen werden, dass die Wahlen in Formosa, La Pampa und Neuquén vorverlegt werden.

- Gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen werden die Provinzwahlen in Santa Cruz, Mendoza, Misiones, Santiago del Estero und La Rioja stattfinden.

- Die Wahl des Regierungschefs in der Hauptstadt findet im Juni 2000 statt und in Corrientes 2001. Jujuy und Buenos Aires sind eine Unbekannte. Der Duhaldismus prüft derzeit eine Aufschubung der bonaerenser Wahlen bis nach den Präsidentschaftswahlen.

Balza will es genau wissen

Heereschef: „Wir haben keine Waffen verkauft“

Heereschef Generalleutnant Martin Balza versicherte am Montag, dass die Berichte der Militärattachés in Peru über die angebliche Existenz von Waffen in Ecuador die Heeresführung ebenso erreicht hätten, wie den Gemeinsamen Generalstab, obwohl ihr seinerzeitiger Chef, General Mario Cándido Díaz dies vor der Justiz bestreite. Díaz hatte in der vergangenen Woche als Zeuge bestritten, dass der Gemeinsame Generalstab 1995 Informationen des zwischenzeitlich verstorbenen Militärattaché Aguilar erhalten habe. Diese sollen sich auf Warnungen des peruanischen Militärgeheimdienstes vor unmittelbar bevorstehenden Waffentransporten von Ezeiza nach Ecuador bezogen haben. „Ich bin 64 Jahre alt und werde den Rest meines Lebens der Klärung dieses Themas widmen, weil das Heer nicht beschmutzt werden kann und ebensowenig sein Chef. Das Heer hat keine Waffen verkauft“, versicherte Balza. Gleichzeitig beklagte sich der Heereschef, weil „es traurig ist, zu sehen, wie die Institution in etwas ‚kafkaeskem‘ untergetaucht erscheint“, fügte Balza in einem Fernsehinterview hinzu. Der Heereschef lehnte eine Antwort auf die Frage ab, ob vom politischen Sektor aus dem Heer die Verantwortung hinsichtlich des Themas zugeschoben werde, das der Regierung am meisten Unbehagen bereite. „Ich werde, solange ich Heereschef bin, keine Frage beantworten, die, wenn auch nur andeutungsweise das Politische berührt“, wick der Militär aus. Im gleichen Atemzug versicherte er jedoch, das „Verständnis und die Unterstützung“ von Verteidigungsminister Jorge Domínguez und des Herrn Präsidenten und Obersten Befehlshabers der Streitkräfte zu haben. An anderer Stelle des Fernsehgesprächs übte Balza scharfe Kritik an dem Oberst Luis Lagos, der die Existenz von argentinischen Waffen in Kroatien zugegeben hatte. Der Heereschef erklärte dazu, dieser untergeordnete Offizier habe über diesen Umstand nicht im „Kriegstagebuch“ berichtet, als seine Mission in Ex-Jugoslawien zu Ende gegangen sei.

Regierung rettet UOM

130 Millionen Finanzspritze für Sozialwerk

Als Ergebnis des Treffens von Präsident Carlos Menem und Metalloboss Lorenzo Miguel startete die Regierung eine Rettungsaktion für das Sozialwerk der Metaller und der UOM. Die Aktion hat mehrere Facetten. Die wichtigste ist, dass die Regierung dem Sozialwerk unmittelbar 60 Millionen Pesos in öffentlichen Schuldverschreibungen übergibt. Mit anderen Beiträgen zusammen, darunter solchen von öffentlichen Banken, wird es sich am Ende um eine beachtliche Finanzspritze in der Gesamthöhe von 130 Millionen Pesos handeln. Mit den Verschreibungen schafft die Regierung einen grossen Teil der Passiven des Sozialwerkes aus der Welt, die durch die seit 1976 aufeinanderfolgenden Interventionen verursacht wurden. Ausserdem absorbiert der Staat die Schulden der Gewerkschaft UOM für einen Wohnungsbauplan, der auf Grund der Intervention der Militärregierung unvollendet blieb. Gläubiger, Architekten und Bauingenieure hatten rechtliche Schritte gegen die UOM unternommen und in den vergangenen Wochen verfügten mehrere Richter unabhängig voneinander mehrere Embargos gegen Bankkonten der Gewerkschaft in Campaña, San Nicolás und Villa Constitución. Miguel Solé, Sekretär im Büro des Kabinettschefs bestätigte gegenüber der Presse, man habe am Dienstag eine „Verwaltungsentschliessung“ unterzeichnet, in der die vom Staat zugeschossenen Mittel festgeschrieben sind. Ausserdem werden die beiden offiziellen Banken der UOM jeweils zehn Millionen Pesos direkt auszahlen, damit das Sozialwerk die Gehälter von Ärzten und Angestellten bezahlen, die Embargos stoppen, aus dem Register der säumigen Zahler der Zentralbank gestrichen werden und über etwas Geld für die Normalisierung des Betriebes verfügen kann. Allerdings ist dies nur die erste Phase eines Rettungsprozesses, da das Sozialwerk den Filter der Umwandlungsvereinbarung mit der Weltbank passieren muss. Dafür muss als nächster Schritt eine bereits beauftragte Beratungsfirma einen Gesundheitschumpfungs- und Rationalisierungsplan vorlegen.

Allianz will Abstand zu Waterloo

Mestres Niederlage kein Grund zur Aufregung

Ebenso wie die Niederlage von Ramón Mestre keine grosse Überraschung hervorrief, so gab es am Montag auch kaum Anzeichen von Besorgnis in der Kuppel der Allianz über das, was alle bereits den „Córdoba-Effekt“ nennen. Die gleichen Umfragen, die das Waterloo der Wiederwahlwünsche Mestres ankündigten, ergaben andererseits auch weiterhin einen grosszügigen Vorteil für den Präsidentschaftskandidaten der Koalition Fernando de la Rúa. Genau das war dann auch der Grund für die passive Reaktion in der Allianz angesichts des Wahlergebnisses in Córdoba.

Sich auf sporadische telefonische Kontakte beschränkend sahen sich De la Rúa und Fernández Meijide nur für Minuten in einem Radiosender und Chacho Alvarez liess sich das ganze Wochenende nicht blicken. Tatsächlich kam jeder einzelne der fünf Mitglieder der Führungsetage der Koalition für sich allein zu eigenen Schlussfolgerungen. Trotz allem aber zeigten sie eine geradezu telepathische Übereinstimmung in der Sicht der Niederlage Mestres als einer Provinzangelegenheit. Allerdings vergassen sie dabei, dass sie in der vergangenen Woche versucht hatten, die Kampagne in Córdoba landesweite Bedeutung zu geben.

Der erste, der am Sonntag offiziell Stellung nahm, war Raúl Alfonsín, der durch einen Sprecher ein Kommuniqué an die Redaktionen gelangen liess, in dem er das Wahlergebnis als „lokales Phänomen“ bezeichnete. De la Rúa hingegen zog es vor zu schweigen, bis

Mestre selbst seine Niederlage anerkannte und gab dann am Telefon Auskunft über das, was da in Córdoba passiert war. Am Montag nahm der Chef der Stadtregierung neuerlich Stellung.

„Die Niederlage ist eine des Kandidaten, eine des Radikalismus in Córdoba; sie beeinträchtigt den Optimismus der Allianz nicht und zeigt andererseits, dass die Leute Änderungen wollen, auch auf Landesebene“, erklärte de la Rúa. Im Frepaso aber liessen sowohl Alvarez als auch Fernández Meijide die Gelegenheit nicht ungenutzt, Mestre jede einzelne seiner Kritiken über die Koalition zwischen Frepaso und Radikalen auf Landesebene unter die Nase zu reiben. Mestre, einer der führenden Radikalen, der Fernández Meijide am meisten in Frage gestellt hatte, bekam seine Antwort direkt von der Frepasoabgeordneten. So wie Alvarez und gemäss ihren Worten vom Sonntag wiederholte sie am Montag, in Córdoba sei mit Stimmen gestraft worden. „Die Wahl ist ein Alarmsignal für alle jene gewesen, die glauben, sich in der Macht verewigen zu können“, liess sich Fernández Meijide vernehmen.

Die Ablehnung Mestres, eine Allianz in seiner Provinz einzugehen, sehen viele als Grund für sein Waterloo. Nicht wenige Radikale verweisen auf das Beispiel von Angel Rozas im Chaco, der schon zwei Jahre vor der landesweiten Allianzbildung in seiner Provinz koalierte und derart Gouverneur in einer Provinz wurde, die historisch als „Feudalbesitz“ der Justizialisten galt.

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Catamarca ohne Allianz

Trotz der Niederlage der Radikalen in Córdoba und der Aussicht, im März die nächste Provinz mit Gouverneurswahl zu sein, wird Catamarca weiterhin einer der Distrikte ohne Allianz sein. Dies entschied am Sonntag eine Vollversammlung des Frepaso der Provinz, die eine Koalition mit den Radikalen einstimmig ablehnte. Der Frepaso weigert sich, Oscar Castillo, Sohn des Gouverneurs Arnoldo Castillo, zu unterstützen, dessen Gouverneurskandidatur von der lokalen UCR proklamiert wurde.

Samoré-Gedenkmesse

Im Rahmen einer Gedenkmesse in der Kathedrale, an der auch Präsident Carlos Menem teilnahm, wurde am Montag der Vermittlung des Vatikans im Beagle-Konflikt gedacht. Mit der Messe wurde des verstorbenen Kardinals Antonio Samoré gedacht, der als Sonderbeauftragter des Papstes vor zwanzig Jahren zwischen Argentinien und Chile vermittelte und einen Krieg um die Inseln Picton, Lennox und Nueva verhinderte.

Mehr Arbeitslose?

Die Arbeitslosigkeit wird weiterhin während der letzten Etappe der jetzigen Regierung aber auch für die nächste ein Problem bedeuten. 1999 wird die Arbeitslosigkeit ausserdem eine neue Steigerung erfahren und sich am

Ende bei 13,1 Prozent einpendeln. Diese Zahl ist weit von den offiziellen Versprechungen entfernt, die Rate auf eine Stelle zu drücken. In Übereinstimmung mit der Entwicklung der heutigen Zahlen könnte sich das Versprechen frühestens im Jahre 2003 erfüllen. Die Prognose stammt von der Fundación Capital, deren Leiter der ehemalige Präsident der Comisión Nacional de Valores, Martín Redrado, ist.

Uran-Schiff

Der Stadtrat von Bahía Blanca und die Umweltschutzorganisation Greenpeace haben am Wochenende bei der Bundesjustiz beantragt, durch Gerichtsbeschluss zu verbieten, dass eine Uran-Ladung im Hafen angelandet wird. Es handelt sich um 1,3 Tonnen Uran, die mit dem aus den USA kommenden panamaischen Schiff „Ciudad de Oviedo“ in argentinischen Gewässern angekommen sind. Das Uran soll später nach Córdoba gebracht werden.

Finanzkrise im Roffo

Ärzte des Instituto de Oncología Angel Roffo (Krebs-Klinik), das ein Zweig der Universität Buenos Aires ist, haben am Montag vor einer eventuellen Schliessung des Krebsinstituts gewarnt. Den Sozialwerken wurde in diesem Zusammenhang vorgeworfen, Forderungen des Instituts für erbrachte Leistungen in Höhe von

2,5 Millionen systematisch zu überhören. In einem Interview mit Radio Del Plata erklärte ein Sprecher der Ärzte, die Sozialwerke mit den höchsten Schulden seien PAMI, IMOS, Osecac und UOM. Das System der sich selbst erhaltenden Klinik verpflichtete die Sozialwerke zur unmittelbaren Honorierung von Untersuchungen ihrer Mitglieder.

Französischer Schiffsbesuch

Im Hafenbecken E lag in dieser Woche die französische Fregatte Aconit, die zu einem Kurzbesuch nach Buenos Aires gekommen war. Am Montag besichtigte Verteidigungsminister Jorge Domínguez zusammen mit Marinechef Admiral Carlos Marón das Schiff, das sich auf einer Probefahrt befindet und noch nicht offiziell in die französische Marine aufgenommen wurde.

„Trucho“-Feuerwerk

Im Rahmen einer Polizeirazzia im Stadtteil Constitución wurden am Dienstag in zwei verschiedenen Lokalen eine halbe Tonne nicht amtlich zugelassenes Feuerwerksmaterial beschlagnahmt. Die Hausdurchsuchungen wurden gleichzeitig durchgeführt, um zu verhindern, dass ein Teil der illegalen Ware verschwindet. Die Herkunft der Kanonenschläge, Raketen und Knallkörper, die unter Umgehung des Zolls eingeführt wurden, ist nach Angaben der Be-

hörden China. Damit nicht genug, war das auf den Verpackungen angegebene Verfallsdatum um mehr als vier Jahre überschritten.

Rodríguez Saá hat Probleme

Abgeordnete der Allianz haben am Dienstag Präsident Carlos Menem gebeten, die Bundesintervention der Provinz San Luis zu dekretieren. Die Parlamentarier haben die Massnahme mit der Begründung beantragt, dass es in der von dem Justizialisten Adolfo Rodríguez Saá regierten Provinz „eine Teilung der Gewalten nicht gibt, die Justiz nicht existiert und eine Rechtssicherheit fehlt“. Der Antrag auf Intervention ist Teil eines Gesetzesprojektes, das die Unterschriften von Juan Pablo Cafiero und Diana Conti trägt und im Rahmen einer Pressekonferenz im Salón de Pasos Perdidos der Abgeordnetenkammer bekanntgegeben wurde.

Wahlkampagne

Seit Montag sieht man in Fernando de la Rúa Wahlmannschaft lange Gesichter. Der Stadtchef widerrief nämlich seine ursprüngliche Verordnung von 20 Tagen Urlaub für sein Team nach der Internwahl der Allianz. Der Wunsch de la Rúas ist, dass sich seine Mitarbeiter bis zu den Wahlen im kommenden Jahr ausschliesslich der Kampagne widmen.

Mindestrente - ein Problem für 1999

„Traumrente“ von 300 Pesos auf der Wartebank

Die Altersvorsorgekommission der Abgeordnetenversammlung, deren Vorsitz der Peronist Orlando Britos innehat, erteilte dem Projekt für die Erhöhung der Mindestrenten auf 300 Pesos eine wohlwollende Beurteilung. Dies geschah kurz vor Beendigung der normalen Sitzungsperiode am 10. Dezember. Die Vorlage wurde danach an die von dem Menemisten Oscar Lamberto geleitete Haushaltskommission weitergereicht, der sie unmittelbar in der Schublade verschwinden liess, wo sie bis zum nächsten Jahr erstmal auf Eis liegt. Das von dem Radika-

len Eduardo Santín geförderte Projekt wurde Anfang des Jahres eingereicht, konnte jedoch erst im November in Bewegung kommen, als Graciela Fernández Meijide die anderen Präsidentschaftskandidaten, Fernando de la Rúa, Eduardo Duhalde und Palito Ortega vor der Öffentlichkeit aufrief, einen Konsens herzustellen, um über den Kongress eine Rentenerhöhung zu erreichen. Es kam nur zu einem Treffen und es gab nur zwei Vorschläge. Graciela wollte die Höchstgrenze abschaffen, um Streichungen bei Renten und Pensionen über 4.800 Pesos, die elf Prozent des Systems ausmachen, durchführen zu können und Kürzungen im Haushalt 1999 anbringen, besonders bei SIDE, Umweltsekretariat und der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung. Fernando de la Rúa stimmt dem Abschaffen der Höchstgrenze zu und schlägt zusätzlich die Wiedereinführung der vollen Arbeitgeberbeiträge für die privatisierten Dienstleistungsbetriebe vor. Die Regierung hatte ihnen die Senkung dieser Beiträge gewährt, die immerhin jährlich 1,8 Milliarden Pesos betragen, ohne dass dies sich auf die Tarife auswirkte. Palitos Leute, repräsentiert durch den Ex-ANSES-Chef Horacio Rodríguez Larreta, wollte in einer neuen Zusammenkunft sein Projekt vorstellen, aber ein neues Treffen kam nicht zustande. Duhalde's Männer betonten die Notwendigkeit der Erhöhung, schwiegen jedoch, als es um Vorschläge ging. Um die Mindestrenten auf 300 Pesos und die Pensionen auf 225 Pesos zu steigern, wie dies Fernández Meijide gern möchte, sind nicht weniger als 2,3 Milliarden Pesos erforderlich. Um allen 300 zu geben, wie das Santín vorschwebt, braucht man drei Milliarden. Die Leute von der Allianz allerdings glauben, dass mit ihren Vorschlägen die Mittel dazu erlangt werden können.

„Alconafta“ als Krisenlösung

Die Zuckerrohrproduzenten in Jujuy haben mehr Schutz für den Zuckersektor gefordert und prüfen die Möglichkeit, in den Zuckerrohrprovinzen den Plan Alconafta neu zu beleben, um derart der Krise zu begegnen, die den Sektor schüttelt. Ebenso wie die Provinzregierung wollen die Unternehmer ihre Position gegen die Integration Brasiliens in den Mercosur im Bereich Zucker aufrechterhalten. In Brasilien wird weiterhin nach dem Plan „Sucroalcoholero“ verfahren, der Subventionen für die Branche erlaubt und für die argentinischen Produkte ausserordentlich ungünstige Konkurrenzbedingungen schafft. Ausserdem haben die Fachleute, die am XVII. Kongress der Confederación Iberoamericana de Productores de Caña de Azúcar (Verband Iberoamerikanischer Zuckerrohrproduzenten) im Oktober in Buenos Aires teilnahmen, vorgeschlagen, den Gebrauch von Alkoholtreibstoff als Zusatz für alle Arten von Fahrzeugen zu fördern. In der gesamten Provinz Jujuy hängt das Überleben von rund 50.000 Menschen direkt oder indirekt vom Anbau, Nutzung, Industrialisierung und Handel mit Produkten, deren Grundstoff Zuckerrohr ist, ab. Daher hat auch die Provinzregierung nach Bekanntwerden der Erklärungen des brasilianischen Industrie- und Handelsministers José Botafogo Goncalvez ihre Besorgnis geäußert. Der Brasilianer hatte das Interesse seiner Regierung dargelegt, umgehend eine Norm für die Integrierung des Zuckers in den Mercosur zu erreichen. In Argentinien gibt es keine Branchenordnung für Zucker und der Markt unterliegt den Regeln der freien Konkurrenz. In Brasilien ist das Gegenteil der Fall und der Einschluss des Zuckers kann für die Wirtschaft der Provinz Jujuy und der anderen Zuckerrohrprovinzen schwerwiegende Folgen verursachen.

Rätsel um Iranerin ungelöst

Kaum 17 Tage nach ihrer Festnahme als Schlüsselfigur hinsichtlich der Terroristenattentate in Buenos Aires ist die Iranerin Nasrim Mokhtari am Montagabend auf Grund der gegen sie vorliegenden dürftigen Vorwürfe auf Betreiben ihrer Anwälte freigelassen worden. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, rief Erleichterung bei den Anwälten der Iranerin hervor und Unbehagen bei den Repräsentanten der Opfer des Attentats. Wenn die 42jährige Iranerin auch nicht das Land verlassen darf und auch die Untersuchung gegen sie weiterläuft, wurde ihre Haftentlassung doch als ein Erfolg ihrer Strategie eingestuft, sich als völlig unschuldig darzustellen. In den vergangenen 14 Tagen wurde Nasrim neunmal von dem Sondersekretär des Gerichtshofes Esteban Canevari einvernommen und sie tat in dieser Zeit alles, um die Aussagen des Brasilianers Wilson Dos Santos zu entkräften. Dieser Mann, in Brasilia in Haft, hatte vor dem Anschlag auf die AMIA erklärt, sie habe 1992 bei dem Attentat auf die israelische Botschaft mitgewirkt und plane einen zweiten Terroranschlag. Die Entscheidung des Gerichtshofes erfolgte auf Antrag der beiden Ofizialverteidiger der Iranerin, Sandra Yapur und Eduardo Dromi, allerdings mit den Auflagen, dass sie das Land nicht verlässt und die Behörden über alle ihre Bewegungen auf dem Laufenden hält. Doch bereits am Freitag der vergangenen Woche eröffnete der Gerichtshof ein Verfahren gegen Nasrim als Beteiligte am Attentat.

„Sommer-Schulen“

In 40 Schulen der Stadt wird vom 4. Januar bis zum 12. Februar 1999 das Programm „Verano en la escuela“ (Sommer in der Schule) durchgeführt. Das Programm ist für Vorschul- und Grundschulkinder gedacht, die während des Sommers in die jeweiligen Schulen gehen können. Sie nehmen dort Montags bis Freitags von 9.30 bis 16.00 nicht an einem Unterricht teil, sondern an sportlichen Aktivitäten, Schwimmen, Theaterspielen usw. Die Kinder werden in jedem Fall auch in den Schulen verköstigt. Aus dem Stadtsekretariat für Bildung wird dazu auf die Tatsache verwiesen, dass diese Programme bereits seit mehr als zehn Jahren durchgeführt werden und das Ziel sei, dass auch Kinder mit geringeren oder ohne Möglichkeiten für organisierte Ferien, Zugang zu Erholungsaktivitäten bekommen. Im Rahmen des Angebots gibt es auch Bildungsmöglichkeiten. So werden Theatergruppen die Schulen besuchen und andererseits die Kinder mit Fachbegleitern die Schulen verlassen, um die Stadt, ihre historischen Plätze und Kulturdenkmäler kennenzulernen. In Zusammenarbeit mit mehreren Sportvereinen der Stadt erhalten sie die Möglichkeit, sich sportlich zu betätigen, wozu auch Wassersport gehört. In dieser Woche haben die Einschreibungen begonnen. Auskünfte in der Secretaria de Educación.

SERVICIOS
DIGITALES S.A.

ESPECIALISTA EN
Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones
Interactivas, Documentos Electrónicos,
Internet, Intranet y mucho más...

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. - Argentina
Tel/Fax: (54-1)393-8837/394-8298 - servicios@maus.com.ar

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Rekorddevisenreserven

Die Zentralbank konnte dieser Tage stolz mitteilen, dass der Stand ihrer Devisenreserven am 17. Dezember einen Rekord von US\$ 26,79 Mrd. erreicht hatte. Hierin sind freilich US\$ 1,64 Mrd. Staatstitel in Fremdwährung enthalten, die keine echten Reserven, sondern Schuldscheine der Regierung sind. Die echten Reserven, allesamt in US-Dollar und geringfügige Beträge in Goldmünzen, betragen am erwähnten Stichtag US\$ 25,14 Mrd. Die Zentralbank hält keine Devisenreserven in anderen Währungen, weil sie per Gesetz angehalten ist, ihre inländischen Verpflichtungen in US-Dollar abzudecken.

Dieser Rekord liegt um ganze US\$ 3,55 über dem Stand von US\$ 21,59 Mrd. Ende 1997. Die Deckung gegenüber der monetären Basis von \$ 15,14 Mrd. beträgt somit 1,7 Mal. Auch gegenüber allen Passiven der Zentralbank, einschliesslich Swap-Geschäfte, liegt sie über 100%. Zählt man zudem die Pflichtreserven der Banken in US\$ bei der Niederlassung der Deutschen Bank in New York für US\$ 6,54 Mrd. hinzu, dann betragen die gesamten Devisenreserven des Landes US\$ 33,33 Mrd., die die hundertprozentige Deckung eines Jahresimports umfasst.

Die erstaunliche Zunahme der Devisenreserven beruht sicherlich auf neuen Zuflüssen von Devisen als Folge jüngster Verschuldun-

gen des Schatzamtes sowie einiger Banken und Firmen im Ausland. Trotzdem reicht das nicht aus, um den Zufluss an Devisenreserven im ganzen Jahr für mehr als US\$ 3,0 Mrd. zu erklären.

Das Defizit der Leistungsbilanz Argentinien (Waren- und Dienstleistungen, Zinsen und Dividenden, einseitige Zahlungen) wird offiziell mit über 4% des BIP ausgewiesen. Das bedeutet ungefähr US\$ 15 Mrd. im Jahr, die nach dieser Schätzung durch Nettokapitalzuflüsse finanziert werden müssten, wobei die Zunahme der Devisenreserven diese angenommene Zuflüsse in der Kapitalbilanz (Kredite und Investitionen) entsprechend erhöht.

Möglicherweise werden in den offiziellen Ermittlungen über die Leistungsbilanz zwei Posten deutlich unterschätzt. Einmal steht die Rubrik „Reisen“ mit einem Defizit von etwa US\$ 1,5 Mrd. zu Buch, weil angenommen wird, dass argentinische Auslandsreisende etwa US\$ 3,0 Mrd. ausgeben und ausländische Einreisende nur US\$ 1,5 Mrd. hinterlassen. Die Welttourismusagentur schätzt hingegen, dass mehr als 4,0 Mio. einreisende Touristen und Geschäftsleute etwa US\$ 5,0 Mrd. im Jahr hier ausgeben, so dass die Rubrik einen Überschuss von US\$ 2,0 Mrd. hinterlässt. Gegen das angenommene Defizit von US\$ 1,5 Mrd. bedeutet der Umschwung von rund US\$ 3,5

Mrd. ein Prozent des BIP weniger Defizit der Leistungsbilanz.

Zum zweiten dürften argentinische Residenten je länger desto mehr ihren Bestand an US-Dollarscheinen zu 100 Dollar, die in den Hoch- und Hyperinflationsjahren hier gehortet worden sind, gegen Pesos verkaufen und möglicherweise in Dollardepositen bei den Banken hinterlegen. Das entspricht einseitigen Transfers aus dem Ausland und verbessert ebenfalls die Leistungsbilanz mit einem geringeren Defizit.

Dollarscheine zu horten ist nach drei Jahren Geldwertstabilität und Devisendeckung der Notenbank schierer Widersinn, entspricht dieses Verhalten doch einer zinslosen Finanzierung des US-Schatzamtes, die zudem dem Diebstahl preisgegeben ist und im Inland nichts fruchtet. Dass Argentinier im Verlauf eines Jahres mehr als US\$ 3,0 Mrd. an Dollarscheinen abgeben, ist kein Ding der Unmöglichkeit. Wie erinnerlich, hatte die US-Zentralbank, genannt Fed, 1996 geschätzt, dass in den Hyperinflationsjahren von 1988 bis 1992 rund US\$ 40 Mrd. in 100-Dollarscheinen in Argentinien gehortet worden sind, die jetzt möglicher-

weise sukzessive abgestossen und in Pesos oder Dollar-Einlagen in lokalen Banken angelegt werden, wo sie sicher sind und Zinsen abwerfen. Die Abteilung Zahlungsbilanz im Koordinationssekretariat des Wirtschaftsministeriums könnte diesen Zufluss an Devisen feststellen, indem sie die Transportgesellschaften fragt, die die Dollarscheine im Auftrag von Banken und Wechselstuben nach USA verfrachten oder von dort herbringen, je nach der Nachfrage. Dieser Transport ist in USA mitteilungspflichtig. Der Saldo dieses Transports zeigt, ob Dollar-Scheine verkauft oder gekauft worden sind. Wie dem auch sei, Tatsache ist, dass das nach der russischen Zahlungseinstellung und Abwertung angeschlagene Vertrauen wieder heimkehrt, so dass die Zentralbank weiterhin Devisen ansammelt, die für den Fall einer abermaligen Vertrauenskrise das Sicherheitspolster darstellen, mit dem die Krise gemeistert werden kann. So geschah es 1995 nach der Tequila-Krise, 1997 nach der missglückten Spekulation gegen die Konversionskasse in Hong Kong und zuletzt nach der russischen Zahlungseinstellung im August 1998.

Arbeitbeschaffung für eine Milliarde Pesos

Die Arbeitslosigkeit fällt ununterbrochen seit dem Höchststand von 18,6% im Mai 1995 nach der Tequila-Krise, wobei sie 1988, einschliesslich versteckter Arbeitslosigkeit hinter Zollschranken, Staatsunternehmen und Regulierungen, von J.J. Llach auf 22% geschätzt wurde. Letzte Ermittlung per Oktober 1998 besagt, dass 12,4% der Erwerbsbevölkerung in 28 Städten und Dörfern arbeitslos waren. Das entspricht zwar hochgerechnet 1,6 Mio. Menschen, ist aber 6,4% weniger als vor drei Jahren und 10% weniger als vor zehn Jahren. Im Mai wurden 13,2% ermittelt, 0,8% mehr als im Oktober.

Trotz dieser deutlichen Abnahme der Arbeitslosigkeit kümmert sich die Regierung unentwegt über mögliche Massnahmen, die die Arbeitslosigkeit verringern sollen. Diesbezüglich ist es Arbeitsminister Erman González neuerdings eingefallen, mit einem Programm zur Arbeitsbeschaffung für \$ 1,0 Mrd. aufzuwarten.

Damit sollen Arbeitgeber beglückt werden, die neues Personal auf unbegrenzte Zeit einstellen. Die Subvention soll \$ 150 bis \$ 200 im Monat je Mitarbeiter betragen und 500.000 neue Arbeitsplätze indizieren. Wie ein solches Programm in die Praxis umgesetzt werden kann, ist nicht abzusehen, ohne dass die üblichen Schleichwege betreten werden, indem Neueinstellungen angezeigt und umgehend wieder entlassen werden, während die Subventionen weiter bezogen werden, weil keine Kontrollen bestehen oder die Inspektoren bestochen werden. All das ist landesbekannt und wird beispielsweise auch bei der Arbeitslosen-subvention praktiziert, die weiter bezogen wird, auch wenn der betreffende Arbeitslose wieder einer bezahlten Beschäftigung nachgeht.

Doch solche Dinge regen die Bürokraten nicht auf, wenn sie Subventionen ausklügeln, die wahlpolitisch brisant erscheinen. Das eigentliche Problem, das

Randglossen

Mit verständlicher Euphorie haben die massgebenden Justizialisten den Sieg ihres Parteifreundes José Manuel de la Sota in Córdoba gefeiert. Dieser Sieg gilt für die Regierungspartei als Auftakt zum Wahljahr 1999, das mit mehreren Gouverneurswahlen eingeläutet und möglicherweise im November bei einer Stichwahl für die Präsidentschaft abgeschlossen werden wird. Die Siegesformel De la Sotas, nämlich Steuersenkungen und Gehaltserhöhungen zu versprechen, dürfte auch andere Gouverneurskandidaten inspirieren, die ihre Wiederwahl oder einen Wahlsieg als Oppositionelle suchen. Mit solchen Verheissungen lassen sich allerlei Wähler bezirzen. Nachher müssen die gleichen Wähler die Zeche bezahlen, wenn die Provinzkasse leer ist. Alles wie gehabt.

Der justizialistische Wahlsieg in Córdoba hat sogleich wie erwartet als Nebenwirkung die Bemühungen verstärkt, die erneute Wiederwahl Präsident Menems abermals aufzutischen. Der Präsident selber verneint zwar diese Möglichkeit, weil die Verfassung sie verbietet. Ebenso sprechen massgebende Regierungsmitglieder. Das verhindert andere politischen Freunde des Staatshaupts freilich keineswegs daran, das Thema wieder vorzutragen. Menem sei der beste Kandidat der Justizialistischen Partei, heisst es dann, ohne dass gesagt wird, wie der Kongress überzeugt werden kann, eine Konstituante mit zwei Dritteln der Stimmen einzuberufen, um die Kandidatur Menems zu erlauben. Unterdessen bleibt Menem im Mittelpunkt der politischen Szene, mit oder ohne Wiederwahl. Was zu beweisen war.

Arbeitsminister González beschäftigt, ist die Herkunft der Milliarde Pesos, mit der die Arbeitsbeschaffung finanziert werden soll. Der einfachste Ausweg besteht darin, auf gewisse Ausgaben im Haushalt zu verzichten, damit die Arbeitsbeschaffung beglückt werden kann. Die betreffenden Ämter, deren Etats gekürzt oder sistiert werden sollen, wehren sich freilich mit Händen, Füßen und Lobbies dagegen, weshalb diese Methode allenfalls Kleingeld hereinbringt, aber sicher keine Milliarde Pesos im Jahr.

Deshalb setzt Minister González auf vermehrte Steuereinnahmen, die in seiner Sicht die Milliarde Pesos herbeizaubern sollen, was freilich zu beweisen ist. Sollte tatsächlich eine Milliarde Pesos zusätzlich eingenommen werden, so werden sich zahlreiche andere Bewerber melden, die das Geld ausgeben wollen, allen voran die Erziehungsministerin Susana Decibe zur Auffüllung des frisch geschaffenen Sonderfonds zur Aufbesserung der Lehrergehälter bis \$ 700 Mio. im

Für mehr Transparenz auf dem Pharmamarkt

Alieto Guadagni, Staatssekretär für Industrie, Handel und Bergbau, bemüht sich systematisch um die Verbesserung der Märkte, so dass der Konsument über die notwendige Information verfügt und bessere Entscheidungen treffen kann. In vielen Fällen hat der Konsument eine absolut ungenügende Information, was dann dazu führt, dass er zu hohe Preise zahlt, einfach, weil er nicht weiss, dass er das gleiche Produkt billiger kaufen kann. In anderen Fällen besteht eine schlichte Vorspiegelung falscher Tatsachen. Dies war z.B. der Fall bei den Zinsen, wo immer sogenannte „direkte“ Zinsen angegeben wurden, bei denen der Zinssatz auf den Gesamtbetrag einer Schuld berechnet wird, die in Monatsraten abgezahlt wird. Bei richtiger Berechnung der Zinsen, steigen diese normalerweise auf fast das Doppelte. Schon vor einigen Jahren, unter Cavallo als Minister, wurde angeordnet, dass der Zinssatz auf Saldi in jedem Fall angegeben werden muss, was jedoch nicht immer getan wird, oder nicht so, dass es der Normalverbraucher versteht. Guadagni hat dieses Jahr begonnen, bei Hypothekarkrediten eine periodische Aufstellung über den effektiven Zinssatz, einschliesslich der Provisionen u.a. Kosten, zu veröffentlichen. Auch

Jahr. Die neuen Kraftfahrzeugsteuern von 1% bis 1,5% dürften bestenfalls die Hälfte einbringen, wenn es überhaupt dem Steueramt gelingt, über 6 Mio. neue Steuerzahler zur Kasse zu bringen. Allerlei andere Interessenten an öffentlichen Geldern lauern zudem auf Ausschreibungen und Zuschläge für Staatsbauten, die auch Arbeit beschaffen, mit welchem Argument die Baufirmen hausieren.

Unterdessen krankt der Haushalt am hohen Defizit von über \$ 3,0 Mrd., das allenfalls im Ausland mit Neuverschuldungen finanziert werden muss, wodurch wiederum der Zinsspiegel hoch bleibt und die Arbeitsbeschaffung am Markt verhindert. Das beste und effizienteste Program zur Arbeitsbeschaffung ist und bleibt eine Wirtschaftspolitik niedriger Zinssätze, die auf ausgeglichenen Staatskonten, Wettbewerb und Vertrauensinvestitionen beruht. Mit Defizit bleiben die Zinssätze überhöht, weil die Solvenz stets in Frage gestellt wird. Dann ist es Essig mit der Arbeitsbeschaffung.

hat er bei den Kreditkarten die Provisionen, die die Geschäfte zahlen, und die Zinsen, die bei Krediten über diese Karten gefordert werden, veröffentlicht. Das hat dann zu einer allgemeinen starken Senkung der Zinsen geführt und, vornehmlich, zu einer

Verringerung der Differenzen, die absurd hoch waren. In diesem Fall entbrannte dann eine viel weitläufigere Diskussion, die in einem Gesetz endete, das Höchstzinsen vorschreibt.

Nun hat sich Guadagni an die Medikamente herangemacht und eine vergleichende Preisliste veröffentlicht. Das hätte er, eigentlich schon sein Vorgänger, vor langer Zeit machen müssen, da es ein Dekret von 1992 so vorschreibt. Bei dieser Liste wurden hohe Preisdifferenzen für Produkte festgestellt, die alternativ eingesetzt werden können. In einem Fall war ein Produkt angeblich 500% teurer als ein anderes, wobei dann allerdings bekannt wurde, dass das teurere Produkt seit einiger Zeit nicht mehr hergestellt wurde.

Auf dem Markt der Pharmaprodukte ergibt sich das Paradoxon, dass ein sehr harter Konkurrenzkampf besteht, der durch die Importerleichterung verschärft wird, die Cavallo seinerzeit im Rahmen der allgemeinen Deregulierung von 1992 verfügt hatte, während auf der anderen Seite dieser Markt keine Transparenz aufweist und die Konkurrenz sehr unvollkommen ist. Nur so erklärt es sich, dass der Preis für Medikamente in den Jahren der Konvertibilität um fast 60% gestiegen ist, und dass viele Medikamente viel teurer als in den USA sind. Dabei besteht jetzt

nicht nur freier Import (wobei die Anerkennung eines Pharmaproduktes in hochentwickelten Ländern die lokale Prüfung erübrigt), sondern die Produktionskapazität der lokalen Industrie wurde stark erweitert.

Bei Medikamenten stellt sich ein doppeltes Problem. Einmal sind die einzelnen Produkte nicht ganz vergleichbar. Auch wenn sie auf der gleichen Grunddroge beruhen, haben sie andere Komponenten, die die Wirkung verändern. Für einen Patienten kann ein Medikament somit wirksam sein, während es ein anderes nicht oder weniger ist. Aber das Hauptproblem besteht darin, dass die Konsumenten weitgehend an die Rezepte gebunden sind, die die Ärzte ausstellen, wobei diese gegebenenfalls von den Pharmaunternehmen eine Provision erhalten (die im Ärztejargon „ana-ana“ genannt wird). Bei teureren Medikamenten pflegt diese höher zu sein, so dass viele Ärzte diese verschreiben. Es ist nicht einfach, diese Korruption zu bekämpfen.

Die Liste, die jetzt periodisch veröffentlicht wird, ist ein guter Beginn. Allerdings müsste in jedem Fall eine Erklärung beigefügt werden, damit der Patient weiss, in welchen Fällen er ein Produkt durch ein anderes problemlos ersetzen kann und wann nicht. Ausserdem muss der Preis auf die Konzentration der Hauptdroge bezogen werden, bzw. der einzel-

INVIERTA EN DIAMANTES

KOH-I-NOOR



KOH-I-NOOR, la marca del diamante, presenta su Nueva Línea KOH-I-NOOR PREMIUM. Una completa gama de modelos de Heladeras, Heladeras con Freezers y Freezers. Frentes curvos, acabados blancos, blancos. Y toda la nobleza y confiabilidad de la tecnología alemana.

NUEVA LINEA DE HELADERAS Y FREEZERS

(01) 730-0011



Fabrica y distribuye AUTOSAL S.A. Echeverría 930 (1602) - Florida - Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel: 730-0011 - Fax: 730-0800. Con licencia de LIEBHERR-HAUSGERÄTE GMBH Alemania.

GUNTHERKAUSS S.A.

nen Komponenten, falls keine absolut überwiegt. Auf alle Fälle würde die Erklärung dem Patienten ein Argument gegenüber dem Arzt geben, wobei dies auch den Sozialwerken und den privaten Krankenkassen die Kontrolle der Medikamente erlauben würde, die ihre Ärzte verschreiben.

Guadagni wies darauf hin, dass er bestrebt sei, dass die Ärzte die Hauptdroge vorschreiben, also das generische Mittel, und eventuell ein konkretes Mittel empfehlen. Der Pharmazeutiker hätte dann die Möglichkeit, dieses Mittel durch ein anderes zu ersetzen. Das mag in einigen Fällen kein Problem darstellen; aber in anderen ist es nicht so einfach, wobei sich der Arzt dann für das Ergebnis nicht verantwortlich macht, wenn es nicht gut ist. Guadagni wies darauf hin, dass in Staaten wie Deutschland, Frankreich, Kanada und den USA dieses System schon angewendet werde, wobei im letzten Fall 60% der verkauften Medikamente generisch seien. 1992 sei in Argentinien schon durch Dekret bestimmt worden, dass die generische Droge angegeben werden muss. Das wurde dann geändert und verlief im Sande, wobei Guadagni behauptet, nicht zu wissen, was hier geschehen sei, weil es nicht sein Ressort ist.

Medikamente sind sozial sehr sensible Produkte, was die Bemühung der Regierung um diesen Fall erklärt. Unter der Alfonsín-Regierung (und auch vorher) gab es Höchstpreise, die jedoch das Problem nicht lösten. Dies führte u.a. zu einer gigantischen Korruption, da die Laboratorien bestrebt waren, Genehmigungen für neue Pharmaprodukte zu erhalten, bei denen die bestehenden leicht geändert wurden, wobei dann ein neuer Preis galt. Diese Genehmigungen hatten einen Preis. Aber ausserdem komplizierte diese ständige Änderung den Ärzten und den Patienten das Leben und führt zu einem Transparenzverlust. Die Preiskontrolle führte auch dazu, dass mehrere grosse ausländische Firmen ihre lokalen Betriebe aufgaben, da sie nicht gewillt waren, entweder Geld zu verlieren oder eben zu krummen Machenschaften zu greifen. Schliesslich führte dies dazu, dass bestimmte Medikamente einfach nicht mehr verfügbar waren, da sie niemand im Land erzeugte oder importierte.

Guadagni will jetzt auch die

Unternehmen und Institute, die Gesundheitsdienste bieten („entidades de medicina prepagada“, hier als „prepagas“ bekannt) einem Transparenztest unterziehen, indem die Preise für den Dienst und die Leistungen verglichen werden. In diesem Fall müsste allerdings auch eine qualitative Note bestehen, was nicht einfach ist und unvermeidlich subjektiv gefärbt sein würde. Denn es kommt eben im Wesen auf die Qualität an.

Der Grundgedanke von Guadagni ist absolut richtig: der Staat muss für transparente Märkte sorgen, so dass der Konsument die Möglichkeit hat, sich durch sein

Defizitäre Handelsbilanz der Industrie

Die argentinische Industrie hat sich traditionell nach innen entwickelt. Sie wurde masslos geschützt. Jeder mögliche Konkurrenzimport wurde verboten. In der Folge wuchs die verarbeitende Industrie im Reigen des Binnenmarktes und importierte Zwischenprodukte sowie Maschinen. Eine echte Exporttätigkeit beschränkte sich anfangs auf die Veredelung landwirtschaftlicher Produkte wie Fleisch, Häute, Wolle, Baumwolle, Weintrauben, Getreide und Ölsaaten. Textilien und Metallwaren wurden für den Binnenmarkt hergestellt. Neue Technologien wurden weitgehend eingeführt, ebenso wie Erfindungen mit neuen Patenten kaum ins Gewicht fielen.

Das hat sich seit der Öffnung der Wirtschaft mit Stabilisierung und Deregulierung grundlegend gewandelt. Die sogenannte Leichtindustrie (Textilien, Metallverarbeitung und dergleichen) ist geschrumpft, weil sie der Konkurrenz aus dem Ausland wich. Dafür expandierten andere Industriezweige, darunter auch exportorientierte Branchen. Gleichzeitig vermehrte sich die Einfuhr von Maschinen und Ersatzteilen mit dem Zugang zur modernsten Technologie im Ausland. Neue Patente wurden im Patentamt angemeldet. Etwa 8.000 neue Exporteure schrieben sich im Zollamt ein, davon die meisten Industrielle. Der Import von Zwischenprodukten wie Rohstoffe, Halbfabrikate, Chemikalien und andere, nahm im gleichen Ausmass zu, wie die industrielle Produktion schlechthin wuchs.

Weltweit beträgt der Anteil industrieller Produkte am Handel 75%. In den OCDE-Ländern, die

Verhalten zu verteidigen. Bei transparenten Märkten kann ein gleiches Produkt nicht zu sehr unterschiedlichen Preisen verkauft werden. Gewiss trägt die Stabilität grundsätzlich auch stark zur Transparenz bei, da der Konsument dadurch allgemein ein Bewusstsein über niedrige und hohe Preise hat und sofort merkt, wenn ein Produkt zu teuer ist. Dabei muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass es auch darum geht, das Bewusstsein des Konsumenten über seine Macht als solcher zu stärken. Denn der Staat kann nur denjenigen helfen, die sich selber auch zu helfen wissen.

hochindustrialisiert sind, steigt dieser Anteil auf 85%. Alle anderen Länder verzeichnen im Durchschnitt 62%-Anteil, während Argentinien mit 66% etwas besser abschneidet.

In den neunziger Jahren vermehrten sich die Industrieexporte weltweit um 7,6% per annum, die der OCDE um 7,3%, andere Länder um 8,6% und Argentinien um 17,6%, also mehr als doppelt so viel. Allein 1997 betrug die Industrieexporte US\$ 17,3 Mrd. bei Gesamtausfuhren von US\$ 26,7 Mrd.

Als Industrieprodukte gelten sowohl diejenigen landwirtschaftlicher Herkunft, genannt MOA („Manufacturas de Origen Agropecuario“), als auch rein verarbeitete Produkte, genannt MOI („Manufacturas de Origen Industrial“). Letztere übertrifft die MOA erstmals im laufenden Jahr 1998 mit US\$ 5,7 Mrd. bis August gegen US\$ 5,6 Mrd. MOI-Exporte nehmen dieses Jahr um 13,8% zu, während MOA-Ausfuhren kraft Preisdeflation um 6,2% abnehmen. MOI stellt sich als die Exportbranche vor, die am meisten wächst und besonders stark zur Exportvermehrung schlechthin beiträgt.

Andererseits hat die Wirtschaftsöffnung bewirkt, dass die Importe von Zwischenprodukten und Maschinen sprunghaft gestiegen sind. Daher ist die Handelsbilanz der Industrie (MOA- und MOI-Exporte/verarbeitete Zwischenprodukte, Maschinen und Teile) stark defizitär. Nachfolgende Aufstellung gibt deutlich Auskunft über den Handelssaldo industrieller Produkte (UN-Klassifizierung CIIU)

und die Deckung argentinischer Industrieimporte mit Industrieexporten).

Industrielle Handelsbilanz

	Saldo Deckung	
	US\$ Mio.	%
1980	-3.650,5	58,6
1985	1.809,9	157,8
1988	2.363,5	150,3
1990	6.122,0	293,2
1991	659,8	108,7
1992	-6.022,7	57,4
1993	-6.412,0	60,2
1994	-9.393,8	54,7
1995	-4.081,3	78,6
1996	-5.772,6	73,5
1997	-9.998,0	65,2

Quelle: Sekretariat für Industrie, Handel und Bergbau „Reporte Industrial 1998“, Seite 84.

Die Entwicklung der industriellen Handelsbilanz zeigt den Gleichschritt der Wirtschaftsöffnung mit Wachstum. Während die Jahre 1985 bis 1991 noch Überschüsse im industriellen Warenverkehr ausweisen, die hauptsächlich auf MOA-Exporten verarbeiteter Agrarprodukte sowie auf Importverboten von Maschinen sowie magerer Konjunktur mit entsprechend geringen Importen von Zwischenprodukten beruhen, zeigen alle Jahre ab 1992 hohe Defizite, nur vorübergehend abgeschwächt im Rezessionsjahr 1995. Die beiden Hochkonjunkturjahre 1994 und 1997 schliessen mit Fehlbeträgen im industriellen Warenverkehr von nahezu je US\$ 10 Mrd. ab.

Insofern hat sich die Warenstruktur des argentinischen Aussenhandels kaum verändert, als die Nahrungsmittelbranche Exportüberschüsse und die verarbeiteten Zwischenprodukte sowie die Maschinen und deren Teile deutliche Defizite ausweisen. Das starke Wachstum der Exporte verarbeiteter Industrieprodukte (MOI) reicht längst nicht aus, den Fehlbetrag zu mindern, denn auch diese Branche ist für Zwischenprodukte und Maschinen importintensiv und exportiert nicht so viel wie sie importiert. Insofern muss Argentinien Rohstoffe und Halbfabrikate exportieren, um dieses Defizit auszugleichen. Hierfür wirkt die starke Expansion der Energie (Erdöl und -gas sowie Elektrizität), der Fischerei, des Bergbaus und künftig auch der Forstwirtschaft neben Ackerbau und Viehzucht als solider Anker für die Absicherung der

Importe von Zwischenprodukten sowie Kapitalgütern der verarbeitenden Industrie.

Nach regionalen Handelspartnern aufgliedert, weist die industrielle Handelsbilanz grosse Fehlbeträge im Warenverkehr mit NAFTA (1997 US\$ -5,5 Mrd.) und der Europäischen Union (US\$ -5,6 Mrd.) aus, viel weniger Defizit mit Südostasien (US\$ - 813,9 Mio.), wogegen Mercosur und Chile einen geringen

Überschuss von US\$ 28,2 Mio. zeigen und alle anderen Länder mit einem Gewinn von US\$ 1,9 Mrd. zu Buche stehen. Argentinien ist deutlicher Absatzmarkt für die Industrie Nordamerikas und Europas, woher die meisten Zwischenprodukte und Kapitalgüter stammen, wogegen die argentinischen Absatzmärkte der Industrie hauptsächlich in Mercosur, Lateinamerika und anderen Ländern liegen.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinsen der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 6% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6%.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Mittwoch um 5,4% auf 440,77, der Burcapindex um 7,6% auf 809,09 und der Börsenindex um 5,9% auf 17.894,70.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 1,3% auf \$ 0,8255.

Das Unterstaatssekretariat für Wirtschafts- und Regionalprogrammierung gab bekannt, dass die Provinzen in 11 Monaten 1998 um 4,9% mehr Mittel erhalten haben als im gleichen Vorjahreszeitraum., in absoluten Werten \$ 15,11 Mrd., um \$ 706,4 Mrd. mehr. Über dem landesweiten Durchschnitt lagen Chaco mit +5,8%, Santiago del Estero +5,6% und Entre Ríos +5,4%. Unter dem Durchschnitt lagen Neuquén +3%, Catamarca +3,4% und La Pampa +3,7%. Die Provinz Buenos Aires erhielt in dem Zeitraum \$ 3,66 Mrd., 24,2% der Gesamtüberweisungen und um 4,6% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im November fielen \$ 2,83 Mrd. zur Verteilung an, davon standen dem Schatzamt \$ 787,1 Mio. zu, der Sozialversicherung \$ 651 Mio., dem Fonds für vorübergehende Vorschüsse \$ 32,3 Mio., der Regierung der Stadt Buenos Aires \$ 13,9 Mio. und den Provinzen \$ 1,34 Mrd.

Das Unterstaatssekretariat für Regionalplanung gab bekannt, dass die Gesamtüberweisungen an die Provinzen in diesem Jahr bereits rd. \$ 34,17 Mrd. erreichen, um 5,1% bzw. \$ 1,65 Mrd. mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Spesen der Provinzen betragen 69,5% ihrer laufenden Ausgaben, um 6,1% mehr als im Vorjahr, die Kapitalausgaben 14,8%, um 0,8% mehr als im Vorjahr.

1997 hatten die Provinzen insgesamt einen Überschuss von \$ 84 Mio. erwirtschaftet. Für 1998 sieht die Wirtschaftsführung ein Defizit

von \$ 1,37 Mrd. voraus. Die Privatisierungserlöse sind in diesem Defizit sonst \$ 1,87 Mrd. betragen würde.

Die Justiz hat dem Konkursantrag des Privatpost OCA gegen das Sozialwerk für Führungspersonal APS stattgegeben, nachdem OCA den vorgelegten Zahlungsplan zurückgewiesen hat. Das 1971 von der CGE (Confederación General Económica) gegründete Sozialwerk wurde 1994 wegen seiner Finanzlage, bei Schulden von über \$ 40 Mio., interveniert. Die Konkursmasse weist Aktiven für \$ 55 Mio. und Passiven für \$ 80 Mio. aus.

Die Supermärkte Argentinien haben 1998 um 5% mehr als im Vorjahr umgesetzt, wie der Zeitschrift der CAS (Cámara Argentina de Supermercados) zu entnehmen ist. Buenos Aires verzeichnete dabei 3,4% Zunahme, das Landesinnere 7%. 1998 wurden die Supermärkte um 166.000 qm Verkaufsfläche, um +11% gegenüber dem Vorjahr, erweitert. Der Durchschnittsumsatz pro qm lag mit \$ 629 um 6% unter dem des Vorjahres.

Das chilenische Brauereunternehmen CCU (Compañía Cervecerías Unidas) hat gemeinsam mit Anheuser-Busch International Holdings eine Kapitalerhöhung von US\$ 50 Mio. für die CCU Argentina SA beschlossen, um kurzfristige Schulden abzubauen. CCU steuert davon US\$ 40 Mio. bei und hält nun 91,79% und Anheuser -Busch US\$ 10 Mio. für nun 8,21%. Durch das Joint venture mit Anheuser-Busch und Baesa, dem Pepsi Cola-Abfüllunternehmen, braut CCU in Argentinien Budweiser Bier seit 1996. CCU hat Brauereien in Salta und Santa Fe und ab diesem Jahr eine dritte in Córdoba. Der Spatenstich für die neue Brauerei in Zárate soll im 2. Halbjahr 1999 erfolgen. Der gesamte Investitionsplan der CCU beträgt US\$ 120 Mio.

Die Abteilung Mar del Plata des Steueramtes DGI gab bekannt, dass sie beabsichtigt in dieser Sommersaison harte Kontrollmassnahmen durchzuführen, besonders über die Ausstellung von Rechnun-

gen in den Geschäften. Regionaldirektor J.M. De la Orden betonte, dass 130 Kontrollbeamte eingesetzt werden und dass sich Endverbraucher die für Beträge über \$ 10 keinen Beleg fordern, strafbar machen.

Das Textil- und Schuhwerkunternehmen Alpargatas SA hat ihr Werk in Aguilares, Tucumán, für 35 Tage stillgelegt. Damit werden 2.100 Mitarbeiter gezwungen, ab 1.1.98 in Urlaub zu gehen.

Die Regierung hat den Rücktritt des Leiters der staatlichen Kontrollstelle Sigen (Sindicatura General de la Nación), H. Agustini, angenommen. Ihn ersetzt María C. Benzi, bisher stellvertretende Leiterin.

Durch Dekret 1433/98 (Amtsblatt vom 21.12.98) wurde das Gesetz 25.055, das am 25.11.98 vom Kongress genehmigt worden war, einem totalen Veto unterstellt. Es handelt sich um ein Gesetz, das das Gesetz 23.966 über flüssige Brennstoffe und Gas ändert (Titel III) und bestimmte Importerleichterungen und Änderungen der Steuer auf Benzin einführt. Ersteres würden den Fiskus \$ 181 Mio. jährlich und das zweite \$ 361,2 Mio. jährlich kosten. Dies ist gegenwärtig nicht tragbar, heisst es in der ausführlichen Begründung des Veto-Dekretes.

Das Direktorium des Gasregulierungsamtes Enargas hat durch Beschluss 824/98 (Amtsblatt vom 14.12.98) verfügt, dass die Gasverteilungsunternehmen ermächtigt werden, Erweiterungen des Netzes durchzuführen, die sie dann von den Verbrauchern in Form eines Aufschlages auf die Rechnung amortisieren. Die Bedingung ist dabei, dass die Verbraucher einverstanden sind, dass ihnen der oder die alternativen Zahlungspläne vorher vorgelegt werden, und dass sie über die Art der Erweiterung in Einzelheiten aufgeklärt werden. Die Zahlung erfolgt erst ab Inbetriebnahme der neuen Leitung.

Die US-Firma ACBL (American Commercial Barge Line), hat beschlossen, in der Ortschaft San Gotardo, Provinz Misiones, am Paraná-Fluss, einen Hafen zu errichten, der in der Nähe der grossen Papier- und Zellulosefabriken von Misiones und von grossen Sägewerken liegt. Das Unternehmen hat sich 1995 in Argentinien niedergelassen, hat eine Werft in Pueblo Esther, bei Rosario, und betreibt eine Flussflotte, bestehend aus 7 Schleppern (die in diesem Fall stossen) und 163 Barkassen für Ladung. 1999 wird die Flotte um zwei Schlepper und 40 Barkassen erweitert. Dank dieser Flotte konnte Paraguay dieses Jahr 600.000 t Sojabohnen über den Paraná exportieren, bei niedrigeren Frachtsätzen als bisher, da ein Teil der Strecke mit LKW durchgeführt wurde.

Der Argentinische Hüttenverband CIS gab die Produktionszahlen (in 1.000 t) für November bekannt: Roheisen 286,1 (-1,4% gegenüber dem Vormonat, -11% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat, 12monatsproduktion +7,5%) davon 176,0 (+0,5%, +1,5%, +5,3%) Gusseisen und 110,1 (-4,3%, -25,7%, +10,6) Schwammeisen. **Rohstahl 342,7 (-4,9%, -5,8%, +2,1).** Warmwalzprodukte 332,3 (-0,3, -15,9, +0,2)) davon Profile und nahtlose Rohre 155,3 (-2,3, -23,6, -0,7) Bleche und Bänder einschliesslich zum anschliessenden Kaltwalzen 177,0 (+1,4, -7,7, +1,1). **Kaltwalzprodukte (die nicht bei Warmwalzprodukten inbegriffen sind) 132,6 (+18,6, +11,4, +2,0).**

Die für die Einheitssteuer eingetragenen Steuerpflichtigen müssen, der letzten CUIT-Nummer entsprechend, zwischen dem 26. und dem 30. April ihre eidesstattliche Gewinnsteuererklärung für das Jahr 1998 einreichen.

Das US-Unternehmen Service Corporation International gab bekannt, dass sie bereits 75% der Privatfriedhöfe im Raum Gross Buenos Aires kontrolliert. Nach dem Kauf von Parque Memorial, vor 1 Jahr, erwarb sie Jardín de Paz, Jardín de Luján, Gloriam, Parque del Campanario und kürzlich das Bestattungsunternehmen Lázaro Costa, nachdem sie auch Casa Callao, Compañía Principal und Casa Raumberger gekauft hat. Die Schulden des Pami an die Unternehmen der Branche betragen rd. \$ 40 Mio. Das US-Unternehmen setzt in 22 Staaten US\$ 3 Mrd. im Jahr um.

Das Bewertungsunternehmen Moody's hat die Benotung der Solvenz der Banco de la Nación, die 14,3% der argentinischen Depositen hält, von D auf E verringert. Das Unternehmen beurteilte dabei den hohen Anteil umgeschuldeter Kredite, den hohen Kundenanteil landwirtschaftlicher und industrieller Mittel- und Kleinbetriebe, deren Schwierigkeiten durch die Verringerung des Wirtschaftswachstums zunehmen werden. Aus all diesen Gründen gehen die Gewinne der Bank in diesem Jahr gegenüber 1997 um 54% auf \$ 30 Mio. zurück. Die von Moody's mit B1 benoteten Devisendepositen und die hinterlegten Papiere und Bonds in Pesos, die mit Ba3 benotet sind, befinden sich in Beobachtung.

Hard Communication, die das Gewinnspiel des Fernsehshows von Susana Giménez organisiert, gab bedeutende Steuerschulden zu. Wie bekannt wurde, wurden von 2,1 Mio. Schulden \$ 1,6 Mio. in bar und der Rest durch Ratenverpflichtungen beglichen. Das Unternehmen hatte sich geweigert, die MWSt. zu bezahlen, da das Programm eine Sammlung für öffentliche Wohltätigkeit sei. Das

Unternehmen hat diese Auslegung geändert.

Disco Ahold International Holding hat das Kaufangebot für Stammaktien von Disco SA abgeschlossen und seine Beteiligung daran von 52% auf 90,3% erhöht. Die Aktien werden nun aus dem Umlauf genommen. Disco Ahold International ist ein Joint venture der Velox Retail, die der argentinischen Familie Peirano gehört, und der niederländischen Royal Ahold.

Die im Verband Adefa zusammengeschlossenen Kfz-Fabriken haben ihr Bedauern über das von Argentinien und Brasilien unterzeichnete Protokoll von Rio bekanntgegeben, das die Rahmenbedingungen für die Branche innerhalb des Mercosur festlegt. Adefa-Vorsitzender Losovitz erklärte, die einzige Alternative zum Zollschutz für die Einfuhr von Kfz der hier erzeugenden Marken wäre die Festlegung von Einfuhrquoten, um den unlauteren Wettbewerb durch Fahrzeuge aus Asien zu verhindern. Losovitz lobte die Bemühungen der Unterhändler Argentiniens, um gleiche Voraussetzungen für die Kfz-Fabriken innerhalb des Mercosur zu erreichen, bedauerte jedoch die hohen Zölle für Zulieferteile von außerhalb des Wirtschaftsraumes, und dass der Anteil jedes Staates an der festgelegten 60%igen Quote von im Mercosur gefertigten Teilen nicht festgelegt wurde.

Knapp 1 Woche nach der Ankündigung des Erwerbs von 5% der Banco de Galicia y Buenos Aires durch die spanische Banco Central Hispano (A.T. 19.12.98) wurde die Erweiterung dieser Beteiligung auf 9,97%, durch den Kauf weiterer ADR (American Depositary Receipts) an der Börse von New York, bekanntgegeben. Das spanische Gesetz schreibt vor, dass im Falle von Erwerbsabsichten von mehr als 10%, die diesbezügliche Gesamtstrategie bekanntgegeben werden muss. Die Kontrolle der Banco de Galicia wird von den Familien Escasany, Ayerza und Braun ausgeübt, die 51% halten. Die restlichen Aktien sind an der Börse von Buenos Aires und der Nasdaq, USA, verstreut.

H. Chighizola, Präsident der Banco Ciudad, will am Montag im Stadtparlament von Buenos Aires die Kapitalisierung der Bank vortreiben. Vor 7 Monaten wurde bei einer Parlamentskommission eine von A. Rodriguez Giavarini ausgearbeitete Vorlage eingebracht, die die Umwandlung der Bank in eine AG und den Verkauf von bis zu 49,9% der Aktien an Privatkapital vorsieht.

Das Transportunternehmen Metropolitan hat mit der spanischen Indra ein Abkommen über

Weitere Verträge mit Eisenbahnen

Nach der Neuaushandlung der Konzessionsverträge mit TBA, die für die Vorort-Eisenbahnstrecken Mitre und Sarmiento 1999 Fahrpreiserhöhungen von 15% und Investitionen von \$ 2 Mrd. in Verbesserungen und Modernisierungen ergaben, und mit Metrovías, die für die U-Bahnen 1999 Fahrpreiserhöhungen von 50 auf 60 Centavos und ab 2001 auf 75 Centavos vorsehen, wogegen Investitionen von US\$ 900 Mio. verpflichtet wurden, die auch die Urquiza-Bahnstrecke betreffen, verhandelt die Regierung mit weiteren Konzessionären.

Mit der Firma Metropolitan wird für die Eisenbahnstrecke San Martín eine Vertragsänderung ausgehandelt, die für den Zeitraum 1999/2003 eine Fahrpreiserhöhung von 91,5% vorsieht. Davon sollen 27% Erhöhung in zwei Etappen im nächsten Jahr erfolgen.

Dafür muss das Unternehmen US\$ 525 Mio. in die Umrüstung

auf Elektrobetrieb gewisser Strecken investieren, fünf neue Dieselloks einstellen, 70 Personenwaggons modernisieren, sechs Bahnstationen modernisieren und den Fahrkartenbetrieb auf Magnetkarten umrüsten.

Während die neuen Verträge die Verlängerung der Konzessionsdauer um 20 Jahre vorsehen, soll die für die San Martín-Strecke um 30 Jahre verlängert werden. Diese Strecke verbindet die Station Retiro, in Buenos Aires Stadt, mit der Stadt Pilar und befördert jährlich rund 50 Mio. Fahrgäste.

Die Metropolitan-Gruppe wurde von dem Bustransportunternehmen Trainmet, dem Bauunternehmen Ormas, aus Córdoba, und den Firmen Eacsa, DGT und Comintersa gebildet. Ausser der Konzession der San Martín Bahnstrecke hat sie auch die der Strecken General Roca und Belgrano Sur übernommen.

Im Jahr 2001 sollen die Fahrpreise um weitere 21% erhöht

werden, wofür die verpflichteten 70 Waggons modernisiert und die grundlegenden Einrichtungen für den Elektrobetrieb fertiggestellt sein müssen. Die Umrüstung von Diesel- auf Elektroantrieb ist der wichtigste Teil der verpflichteten Erneuerungsarbeiten. Ab Mitte 2002 soll der Streckenteil Retiro-José C. Paz bereits voll elektrisch befahren werden, wonach weitere 17% Fahrpreiserhöhung vorgesehen sind.

Im Jahr 2003 soll der elektrische Betrieb bis Pilar fertiggestellt sein, was die letzten 7% Preiserhöhung gestatten wird. Nach der kompletten Umrüstung auf Elektrobetrieb wird die Fahrtdauer von Retiro bis Pilar von 85 auf 58 Minuten bei den Lokalzügen und auf 42 Minuten bei Direktzügen verringert sein. Alle neuen Verträge enthalten eine Klausel, die die automatische Aktualisierung der Fahrpreise vorsieht, wenn die Betriebskosten mehr als 6% zunehmen.

Die Einrichtung eines schlüsselfertigen Magnetkartensystems in den 86 Stationen der San Martín- und Rocabahnen, für US\$ 20 Mio., unterzeichnet. Die Einrichtungen sollen in 12 Monaten ab Mai 1999 funktionsfähig sein.

1997 hatten die Provinzen insgesamt einen Überschuss von \$ 84 Mio. erwirtschaftet. Für 1998 sieht die Wirtschaftsführung ein Defizit von \$ 1,37 Mrd. voraus. Die Privatisierungserlöse sind in dem Betrag bereits berücksichtigt, da das Defizit sonst \$ 1,87 Mrd. betragen würde.

Wie die Überwachungsbehörde SAFJP der privaten Rentenkassen AFJP bekanntgab, erreichte die durchschnittliche, wertbereinigte Rentabilität derselben im November 2,83%. Die amtlichen Eckdaten sind 4,8% bzw. 0,83%. Keine AFJP Rentenkasse lag unter dem Minimum, Profesion+Auge erreichte 5,4% und Ethika 5,51% Monatsrendite. Die Rentabilität seit Einführung der privaten Rentenkassen, im Fachjargon historische Rente genannt, beträgt im Durchschnitt 12,72%, wobei ProRenta (13,98%), Orígenes (13,88%), Máxima (13,07%), Ethika (12,92%), Consolidar (12,83%), Siembre (12,8%) und Previnter (12,74%) über dem wertbereinigten Durchschnitt liegen.

Die US-Landwirtschaftsmaschinenfabrik Agco hat ihre Fabrik vor Ort Haedo an die italienische Carraro verkauft. Das Abkommen sieht

vor, dass Carraro die Fertigung bis zum 31.12.99 unter Deutz-Lizenz weiterführt. Dann wird Agco entscheiden, was weiter in Argentinien und was im Werk Canoas, Brasilien, gefertigt wird.

Die Hypothekenbank hat das öffentliche Anfangsangebot von 30 Mio. Aktien der D-Klasse, entsprechend 20% des Aktienkapitals, an der Börse von Buenos Aires begonnen. Der Preis wurde mit \$ 8 bis \$ 9 pro Aktie festgelegt. Gleichzeitig lief das Book building für 22,5 Mio. Optionen für ebensoviele D-Aktien an. Der Optionspreis liegt zwischen \$ 0,50 und \$ 0,60. Für den Kauf von weniger als 10.000 Aktien ist ein Skonto von 5% des Schnittpreises vorgesehen.

Die Einlagen in Investmentfonds haben 1998 um 30% zugenommen. Die Fonds werden als Alternative zu Fristdepositen angeboten.

Die Wirtschaftsführung hat einen neuen Bontes-Schatzschein für US\$ 158,6 Mio. zu 11,25% Jahreszinsen aufgelegt, einem etwas geringeren Satz als im November. Die Ausgabe ist eine Erweiterung des Schatzscheines 2027 auf 29 Jahre und wird den privaten Rentenkassen angeboten. Es ist die 3. Ausgabe für die AFJP Rentenkassen, die sich verpflichtet haben, bis Dezember 1999 Schatzscheine für US\$ 1 Mrd. zu übernehmen. Vor März 1999 sollen weitere US\$ 500 Mio. aufgelegt werden. Im Oktober hatte die Auflage für die Rentenkassen US\$

131 Mio. betragen, im November US\$ 161 Mio. zu 11,29%.

Der Oberste Gerichtshof hat entschieden, dass das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) Steuerpolizeigewalt besitzt und Hausdurchsuchungen auf richterlichen Befehl durchführen kann.

Vertreter des Amtes für Öffentliche Einnahmen (AFIP), der privaten Rentenkassen (AFJP) und des Amtes für Sozialversicherung (ANSeS) prüfen die Möglichkeit, das Inkasso der Unternehmerbeiträge den privaten Rentenkassen zu übertragen. Ein Ergebnis wird in den ersten Monaten kommenden Jahres erwartet.

Wirtschaftsminister Fernández erklärte, Argentinien sei trotz der Überschreitung des mit dem IWF vereinbarten Defizits um US\$ 300 Mio. nicht genötigt, über die angekündigten US\$ 14,1 Mrd. hinaus, Finanzierungen zu suchen. Die angekündigte, 10%ige Verringerung der Unternehmensbeiträge an die Sozialwerke würde im Laufe von 1999 in 3 Etappen erfolgen.

Die Öffentliche Hand, ausgeklammert die öffentlichen Banken, wiesen im November \$ 345,6 Mio. Defizit aus, in der ersten 11 Monaten \$ 3,12 Mrd. Damit verfügt die Wirtschaftsführung über \$ 381,1 Mio. Spielraum, um das mit dem IWF vereinbarte Jahresdefizit von US\$ 3,5 Mrd. einzuhalten.

Die vom Statistikamt Indec bekanntgegebenen Zahlen für den Vorjahresvergleich der Industrieproduktion im November sind: Gesamtrückgang 2,2%, davon Kfz -26,7%, Baugewerbe -2,9%, Gewebe -19,4%, Russ -19,1%, Zement -2%, Baumwollgarne -15,4%, Warmwalzprodukte -15,9%, metallverarbeitende Industrie -14,6%, Papier -9,8%, Kfz-Reifen -4%, Grundchemikalien -5,1% und Rohstahl -5,8%. Zunahmen verzeichneten u.a. Pflanzenöle +92,8%, Agrarchemikalien +61,3%, synthetische und Kunstfasern 21,9% und Fisch und Geflügel +20,9%.

Die multinationale Canon fasst in Argentinien durch den Kauf von 100% ihrer bisherigen Platzvertreterin, Konex, Fuss. Konex hat 1998 US\$ 25 Mio. umgesetzt und bei Laser Farbablichtungsgeräten 78%, bei schwarz-weiss Ablichtungsgeräten 15% und bei Druckern 14% Marktanteil erobert. Kanon wird 1998 mit weltweit 80.000 Mitarbeitern US\$ 24 Mrd. umsetzen, davon 85% im Bereich Büroausrüstungen, um 10% mehr als im Vorjahr.

Das Wirtschaftsministerium hat die Übernahme der Beteiligungen an Metropolitan von Román (15%), Eacsa (10%) und DGT (3%) durch Ormas (aus Córdoba) genehmigt. Metropolitan ist das Konsortium, das die Vororteisenbahnen San Martín, Roca und Belgrano Sur betreibt. Ormas erhöht damit sei-

ne Beteiligung von 22% auf 50%, die 3 genannten Partner scheiden aus.

New Holland, das zur Fiatgruppe gehörende Unternehmen für Landwirtschaftsmaschinen, hat die gesamten Aktienpakete ihres Vertreters Inchcape Argentina und ihrer Tochtergesellschaft Agrotecnic erworben.

Der gewählte Gouverneur von Córdoba, José Manuel de la Sota, der im Juli 1999 antritt, bestand nach den Wahlen auf seinem Versprechen, die provinziellen Steuern

um 30% herabzusetzen und gleichzeitig die Gehälter der Lehrer und des Personals der öffentlichen Hospitäler zu erhöhen. Ausserdem versprach er die Verringerungen der provinziellen Pensionen, die Gouverneur Mestre 1995 eingeführt hatte, rückgängig zu machen. Sein Chefberater in wirtschaftlichen Angelegenheiten, Humberto Petrei (der auch Direktor der interamerikanischen Entwicklungsbank ist und Wirtschaftsminister Roque Fernandez gelegentlich berät) wies darauf hin, dass bei der Immobiliensteuer ein starker Zahlungsrückstand bestehe, wobei auch die Boden-

bewertungen berichtigt werden müssten. Bei der Bruttoumsatzsteuer betrage die Hinterziehung 40%. Die Senkung der Steuersätze könnte somit in vielen Fällen bei der Immobiliensteuer durch höhere Bodenwerte ausgeglichen werden. De la Sota will die Steuern besser eintreiben, wobei sich ausserdem aus seinen Äusserungen ergibt, dass er die Provinzverwaltung weiter rationalisieren und auch mit Privatisierungen fortschreiten will. Dies bezieht sich vornehmlich auf die Provinzbank und das Elektrizitätsunternehmen.

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	2.11.98	9.11.98	16.11.98	23.11.98	30.11.98	4.12.98	14.12.98	17.12.98
Gold, Devisen u. Anlagen	23,03	23,33	23,02	23,99	23,08	24,77	24,54	25,14
Staatspapiere	1,66	1,67	1,71	1,74	1,78	1,76	1,77	1,65
Internat. Reserven ZB	24,69	25,00	24,73	25,73	34,87	26,53	26,31	26,79
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	7,25	6,89	7,16	6,54	6,20	6,16	6,66	6,55
Währungsreserven des Finanzsystems	31,94	31,90	31,89	32,27	31,07	32,69	32,97	33,34
Notenumlauf	14,50	15,03	14,68	14,34	14,49	15,23	15,41	15,15
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,02	0,03	0,03	0,01	0,01	0,01	0,03	0,03
Monetäre Passiven	14,52	15,06	14,71	14,35	14,50	15,24	15,17	15,18
Nettosaldo Swaps	8,37	8,12	8,18	9,51	8,65	9,57	9,40	9,82
Depositen der Regierung	0,52	0,66	0,96	0,62	1,19	1,83	1,55	1,43
Finanzpassiven	22,90	23,19	22,90	23,86	23,15	24,82	24,57	25,00

Quelle: Zentralbank